

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis 2060: Wie beeinflussen Migration und Geburten Deutschlands Zukunft?

Bujard, Martin; Dreschmitt, Kai

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bujard, M., & Dreschmitt, K. (2016). Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis 2060: Wie beeinflussen Migration und Geburten Deutschlands Zukunft? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 65(3), 333-345. <https://doi.org/10.3224/gwp.v65i3.07>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis 2060

Wie beeinflussen Migration und Geburten Deutschlands Zukunft?

Martin Bujard und Kai Dreschmitt

Zusammenfassung

Es galt als sicher, dass die Bevölkerung in Deutschland langfristig altert und schrumpft. Allerdings gibt es neue Entwicklungen: eine Nettozuwanderung von 1,14 Mio. im Jahr 2015 und leicht steigende Geburtenraten. Der Beitrag analysiert mehrere demografische Szenarien bis zum Jahr 2060 und zeigt, welchen Einfluss Zuwanderung und Geburtenanstieg auf die langfristigen Projektionen haben. Die Alterung und ihre vehementen Folgen für die Sozialsysteme bis 2040 sind sicher. Ob Deutschlands Bevölkerungszahl schrumpfen wird, ist dagegen noch völlig offen.

1. Einleitung: Offene Fragen zur demografischen Entwicklung

„Der demografische Wandel bedeutet neben den Fragen der Globalisierung wahrscheinlich die größte Veränderung unseres gesellschaftlichen Lebens, aber auch des persönlichen Lebens jedes Einzelnen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel 2012)

Dieses Zitat von Angela Merkel verdeutlicht, dass der demografische Wandel das Megathema der nächsten Jahrzehnte ist. Neben den von ihr genannten gesellschaftlichen Folgen hat er auch weitreichende Konsequenzen für mehrere Politikfelder und die langfristige wirtschaftliche Prosperität Deutschlands. Zentrale Ursache dieses Wandels ist der Geburtenrückgang seit den 1960er Jahren. Über den demografischen Wandel wurde bereits viel geforscht und geschrieben, allerdings sind einige grundsätzliche Fragen heute noch strittig in ihrer wissenschaftlichen und politischen Bewertung. Dazu kommt, dass neue Entwicklungen wie die aktuelle Flüchtlingswelle bisherige Annahmen in Frage stellen.



Dr. Martin Bujard

Forschungsdirektor des Bereichs „Familie und Fertilität“
am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)



Kai Dreschmitt, BA

Master-Student, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
und wissenschaftliche Hilfskraft am Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

Für diverse Horrorszenarien im Hinblick auf Pflegesektor, Rentensystem und einer „Entvölkerung“ diente der demografische Wandel als Stichwortgeber. Andererseits werden oft auch die Chancen betont, den gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten. Die Umstrittenheit in der wissenschaftlichen Bewertung des demografischen Wandels ist eklatant: So sieht Birg den „demographischen Niedergang Deutschlands“ sowie „Vorzeichen für den Abschied unseres Landes aus seiner tausendjährigen Geschichte“ (Birg 2003: 14). Sinn betont die „problematischen Folgen der demographischen Krise“ und dass die Kinder fehlten, „die Deutschland braucht, wenn es sich als dynamisches Volk und Wirtschaftsnation nicht von der Weltbühne verabschieden möchte“ (Sinn 2013: 21). Diametral dazu sind Einschätzungen wie die von Hondrich (2007: 1), der den Geburtenrückgang für einen „Glücksfall für unsere Gesellschaft“ hält. Straubhaar (2016) argumentiert gegen Untergangsszenarien und bezeichnet die These, wonach die Alterung Deutschlands Wohlstand bedroht, als Mythos.

Fragen zur demografischen Zukunft stellen sich neu infolge der hohen Migration und der Veränderungen der Geburtenrate. Im Jahr 2015 betrug die Nettozuwanderung 1,14 Mio. Menschen infolge der Flüchtlingswelle. Diese Zuwanderung ist mehr als fünf Mal so hoch wie das Geburtendefizit des gleichen Jahres. Auch bei der Geburtenentwicklung sind leichte Anstiege zu verzeichnen, der Tiefpunkt ist bei Frauen des Jahrgangs 1968 mit 1,49 erreicht, die in den 1970er Jahren geborenen Frauen werden knapp 1,6 Kinder bekommen (Bujard/Sulak 2016). Zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland berechnet das Statistische Bundesamt (2015a) langfristige demografische Projektionen bis ins Jahr 2060. Diese beruhen auf spezifischen Annahmen – insbesondere zu Migration und Geburtenentwicklung.

In diesem Beitrag werden auf Basis langfristiger demografischer Prozesse und der Analyse politischer Reformoptionen einige der zentralen und strittigen Fragen zum demografischen Wandel beleuchtet:

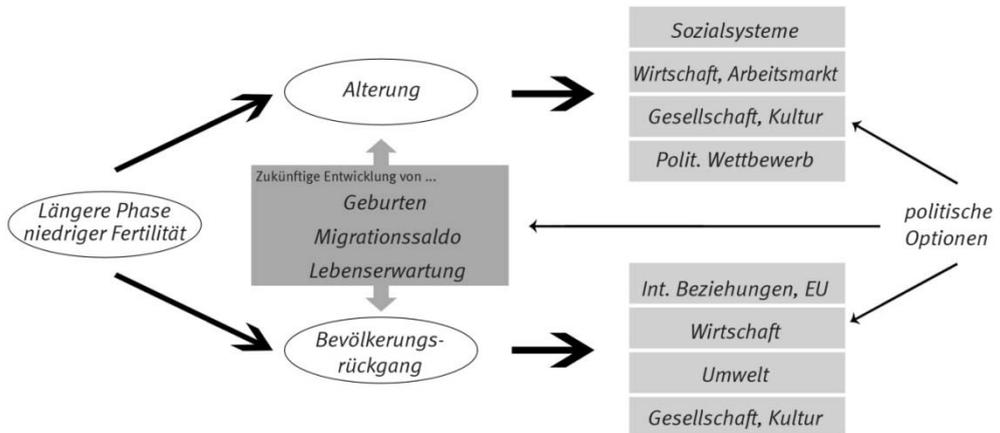
- (1) Wie sicher sind die demografischen Projektionen bis 2040 bzw. bis 2060?
- (2) Welchen Einfluss hat die aktuell hohe Zuwanderung langfristig?
- (3) Was könnte eine Trendwende bei der Geburtenrate bewirken?
- (4) Zwischen Horrorszenario und Verharmlosung: Wie gravierend sind die Folgen des Geburtenrückgangs?
- (5) Ist die veränderte Altersstruktur oder die Schrumpfung der Bevölkerung gravierender?

2. Projektionen zu Alterung und Bevölkerungsgröße

2.1 Warum man zwischen Alterung und Schrumpfung unterscheiden muss

Um das Ausmaß des demografischen Wandels abschätzen zu können, muss man Alterung und Schrumpfung differenziert analysieren (siehe Abb. 1). Beide Phänomene haben grundverschiedene demografische Mechanismen und gesellschaftliche bzw. politische Folgen.

Abbildung 1: Framework demografischer und politischer Prozesse in Deutschland



Quelle: Bujard 2015; S. 135.

Der zentrale Ausgangspunkt des demografischen Wandels in Deutschland ist die lange Phase niedriger Geburtenraten. In der Bundesrepublik liegt die zusammengefasste Geburtenrate (TFR) seit dem Jahr 1975 zwischen 1,24 und 1,47 Kindern pro Frau, dies ist historisch und international das am längsten anhaltende Geburtentief. Seitdem wird jede Generation nur zu etwa zwei Dritteln durch die folgende Generation ersetzt. Um die nächste Generation konstant zu halten, wären 2,1 Kinder pro Frau notwendig. Da die heutige Müttergeneration bereits kleiner ist, setzt sich die Entwicklung weiter fort.

Drei Hebel sind für die demografische Struktur der Bevölkerung prägend: die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung und der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland. Diese wirken jedoch unterschiedlich auf Alterung und Schrumpfung: Die steigende Lebenserwartung verstärkt die Alterung, reduziert jedoch die Schrumpfung. Hohe Zuwanderung kann das Geburtendefizit nicht nur ausgleichen, sondern sogar bei niedrigen Geburtenraten einen Anstieg der Bevölkerungszahl bewirken. Der Alterungsprozess lässt sich durch die Zuwanderung (junger Menschen) nur gering abfedern, da die Zuwanderer auch älter werden.

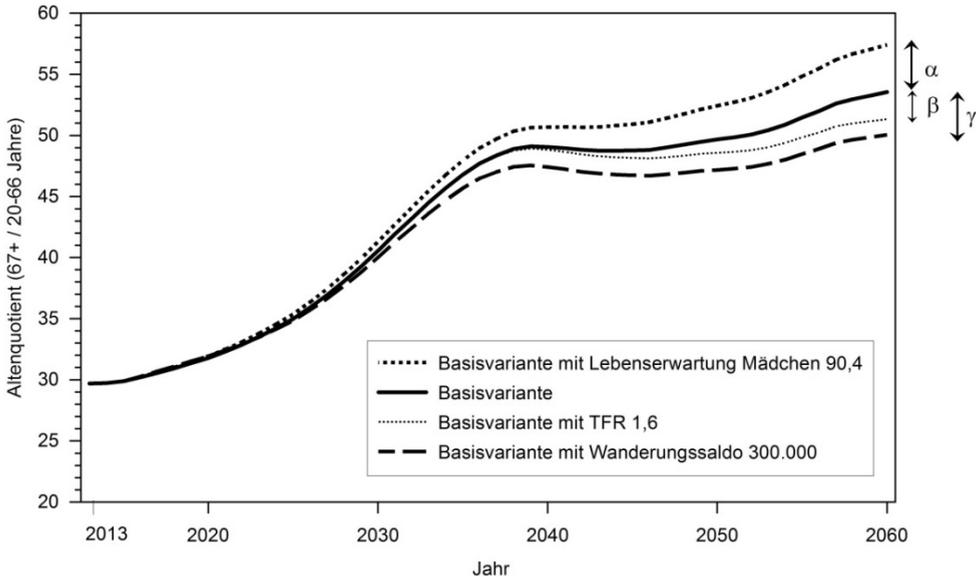
Im Folgenden werden Projektionen der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2015a) diskutiert. Dabei wurden verschiedene Varianten der zukünftigen demografischen Entwicklung Deutschlands bis 2060 berechnet, basierend auf unterschiedlichen – zum Zeitpunkt der Berechnung als wahrscheinlich geltenden – Annahmen.

2.2 Projektionen zur Alterung

Eine Gesellschaft altert, wenn der relative Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung ansteigt. Hierzu trägt zu einem kleinen Teil auch der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei. Eine wesentlich größere Rolle beim Alterungsprozess kommt aber der sinkenden durchschnittlichen Kinderzahl zu. Um die Entwicklung des Verhältnisses von älteren zu jüngeren Personen in der Gesellschaft darzustellen,

len, wird der Altenquotient verwendet. Er zeigt den Anteil der Personen im Rentenalter (67+) zu Personen im erwerbsfähigen Alter (20-66 Jahre) an (siehe Abb. 2).

Abbildung 2: Einfluss der drei demografischen Annahmen auf den Altenquotienten bis 2060



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt 2015a.

Wie zu sehen ist, wird sich das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbspersonen in jeder Variante stark erhöhen. Kamen im Jahr 2013 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter noch 30 Rentner, werden es im Jahr 2060 zwischen 50 und 57 sein. Zwischen 2000 und 2035 wird sich der Altenquotient infolge des Geburtenrückgangs etwa verdoppelt haben. Ein Teil dieser Entwicklung ist heute – im Jahr 2016 – bereits passiert, bis 2035 wird der Anteil der Rentner rasant ansteigen, danach wird er mehrere Jahre konstant auf hohem Niveau bleiben.

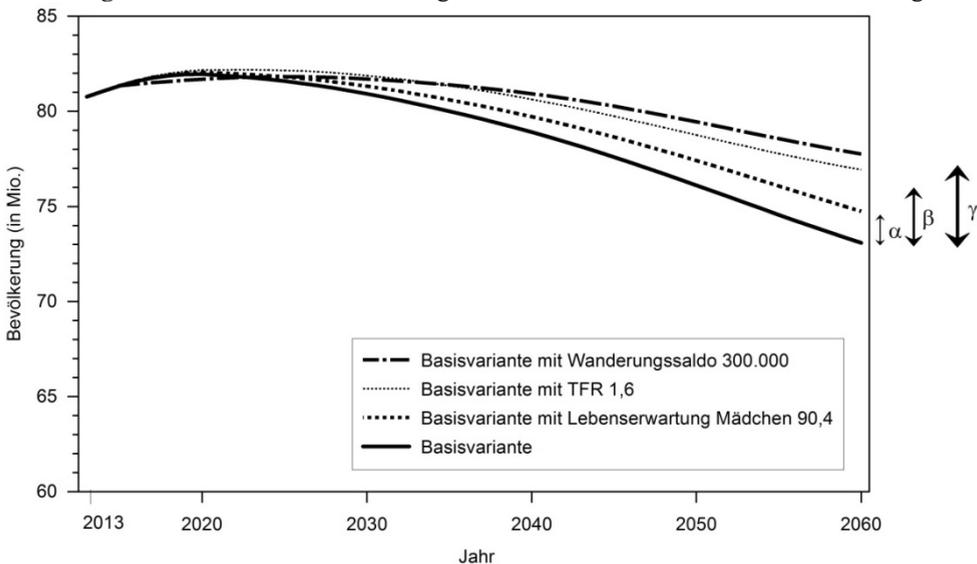
Doch wie sicher ist diese Projektion? Was passiert, wenn die Annahmen nicht eintreten, wenn neue Entwicklungen wie die Flüchtlingsströme auftreten? Dazu wird in Abbildung 2 gezeigt, welchen Effekt verschiedene Annahmen auf den Altenquotienten haben. In der Basisvariante steigt die Relation der Rentner im Verhältnis zu Personen im Erwerbsalter von 29,7 im Jahr 2013 auf 53,5 im Jahr 2060 an. Ihre Annahmen sind eine TFR von 1,4, eine steigende Lebenserwartung für Mädchen auf 88,8 Jahre (Jungen auf 84,8) im Jahr 2060 und einen langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 jährlich. Die Abstände α , β und γ stellen die möglichen Hebel zur Beeinflussung des Altenquotienten dar. Ausgehend von der Basisvariante würde eine höhere Lebenserwartung (für Mädchen 90,4 statt 88,8 Jahre) den Altenquotienten um 3,9 Prozentpunkte auf 57,4 nach oben verschieben (Hebel α). Eine höhere Geburtenrate (1,6 statt 1,4) würde den Altenquotienten um 2,2 Prozentpunkte auf 51,3 reduzieren (Hebel β). Ein zukünftig dauerhaft (!) höherer Wanderungssaldo (300.000 statt 200.000) würde den Altenquotienten auf 50,0, also um 3,5 Prozentpunkte im Vergleich zur Basissschätzung verringern (Hebel γ).

Der Anstieg des Altenquotienten in den nächsten 20 Jahren ist also sehr genau vorhersehbar. Die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge der 1950er und 60er Jahre werden in diesem Zeitraum nach und nach aus dem Erwerbsleben ausscheiden und die geburtenschwächeren Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter zurücklassen. Diese Entwicklung ist unumkehrbar (vgl. Fuchs et al. 2011). Selbst ein unrealistisch starker Anstieg der durchschnittlichen Geburtenziffer auf 2,1 hätte erst nach 2035 einen Einfluss auf das Verhältnis von Rentnern zu Personen im Erwerbsalter. Die Entwicklung nach 2040 lässt sich also noch beeinflussen, sei es durch eine bald steigende Geburtenrate oder durch konstante Zuwanderung.

2.3 Projektionen zur Bevölkerungsgröße

Wird Deutschland denn überhaupt in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen? Und wenn ja, wie stark? Ohne Zuwanderung und bei einer TFR von 1,4 würde Deutschlands Bevölkerung bis 2060 infolge des Geburtenrückgangs um etwa 20 Mio. auf dann 60,2 Mio. zurückgehen. Allerdings sind andere Szenarien aus heutiger Sicht realistischer. Abbildung 3 zeigt, in welchem Bereich sich die Bevölkerungszahl zwischen 2013 und 2060 voraussichtlich bewegen wird. Auch hier wird die Basisvariante mit drei Szenarien verglichen, in denen jeweils die Lebenserwartung, die Geburtenrate oder der Wanderungssaldo variieren.

Abbildung 3: Einfluss der drei demografischen Annahmen auf die Bevölkerungszahl



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt 2015a.

Ausgangspunkt für die Projektion ist die Einwohnerzahl von 80,8 Mio. im Jahr 2013. Die Basisschätzung geht von einem Rückgang der Bevölkerung Deutschlands um 7,7 Mio. Personen auf 73,1 Mio. im Jahr 2060 aus. Bei der Variante mit der höheren Lebenserwartung wäre die Bevölkerung um 1,7 Mio. größer als in der Basisvariante (Hebel α), bei einem Anstieg der TFR auf 1,6 um 3,8 Mio. (Hebel β) und bei einer um 100.000 höheren Zuwanderung um 4,7 Mio. (Hebel γ). Eine Erhöhung der TFR auf 1,6

könnte etwa die Hälfte des in der Basisvariante prognostizierten Bevölkerungsrückgangs aufhalten, ähnlich stark ist der Hebel der Zuwanderung. Beide zusammen oder ein noch höherer Geburtenanstieg könnte die Schrumpfung, die aufgrund des Geburtenrückgangs in der Altersstruktur angelegt ist, kompensieren. Ob es zu einer Schrumpfung bis 2060 kommen wird, ist also noch völlig offen.

3. Plausibilität von Zukunftsannahmen aus historischer Perspektive

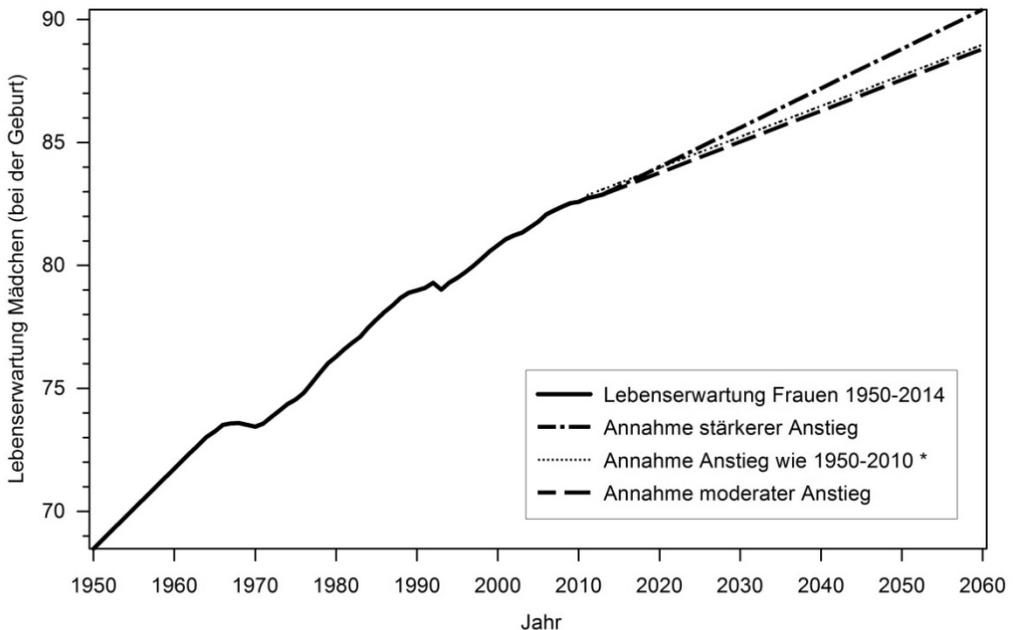
Im Folgenden wird die Plausibilität der Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung zu Lebenserwartung, Geburtenrate und Wanderungssaldo in einer breiten historischen Perspektive diskutiert. Dabei wird die Entwicklung von 1950-1989 in der BRD und von 1990-2060 im wiedervereinten Deutschland verglichen.

3.1 Lebenserwartung 1950-2060

Die Lebenserwartung nimmt, von Kriegen unterbrochen, seit Jahrhunderten zu, was überwiegend auf den medizinischen Fortschritt, auf bessere Bedingungen der Arbeit, der Wohnsituation und der Hygiene sowie auf eine hochwertigere Ernährung zurückzuführen ist. Abbildung 4 zeigt die langfristige Entwicklung der Lebenserwartung seit 1950 im Vergleich mit den beiden vom Statistischen Bundesamt verwendeten Szenarien für 2014-2060 exemplarisch für Frauen. Wie zu sehen ist, stieg die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt von 1950 bis 2014 kontinuierlich, nahezu linear, von 68,5 auf 83,1 Jahre an. Dabei ist der allgemeine Anstieg der Lebenserwartung zum überwiegenden Teil auf die Steigerung der Lebenserwartung älterer Personen zurückzuführen. Die Sterblichkeit in den jüngeren Altersgruppen ist bereits seit Jahrzehnten gering, die Säuglingssterblichkeit liegt seit über 20 Jahren unter 0,4%. Eine Verbesserung des Sterberisikos jüngerer Personen hätte deshalb nur noch geringe Auswirkungen auf die Lebenserwartung.

Beide Annahmen über die zukünftige Lebenserwartung gehen von einem weiteren Anstieg aus, Unterschiede beziehen sich nur auf die Höhe. Bei einem leichten Anstieg läge die Lebenserwartung einer Frau 2060 bei 88,8 Jahren. Das wäre eine Steigerung um 5,73 Jahre im Vergleich zu 2014. Die Variante mit starkem Anstieg prognostiziert Frauen eine Lebenserwartung von 90,4 Jahren. Ging man lange davon aus, dass die natürliche Grenze der Steigerung der individuellen Lebenserwartung fast erreicht ist und in Zukunft stagniert, wird in der wissenschaftlichen Debatte zum Thema mittlerweile ein weiterer kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung als wahrscheinlich erachtet (Luy 2006). Da Höhe und Richtung der Steigerungsraten seit 1950 kontinuierlich verlaufen, sind beide Szenarien plausibel. Ein deutlich stärkerer oder schwächerer Anstieg der Lebenserwartung ist dagegen bei dem heutigen Wissensstand weniger wahrscheinlich.

Abbildung 4: Langfristige Entwicklung der Lebenserwartung von Frauen 1950-2060



* = Es wurde der durchschnittliche Anstieg der fernerer Lebenserwartung mit 60 Jahren fortgeschrieben.

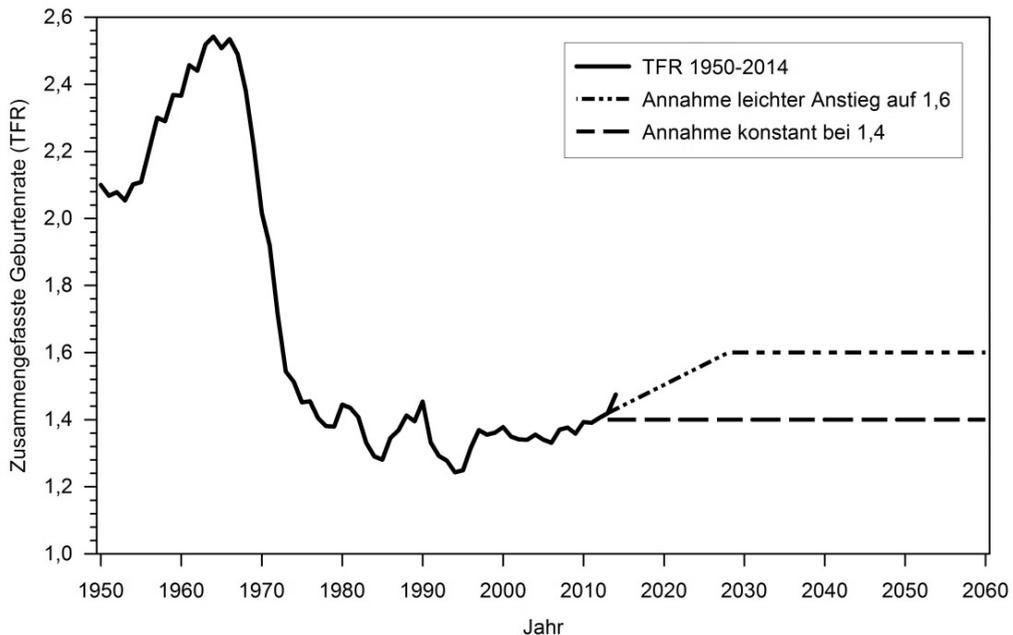
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt 2013; 2015a; 2016a.

3.2 Geburtenrate 1950-2060

Nach dem Babyboom Anfang der 1960er Jahre folgte ein steiler Fall der zusammengefassten Geburtenziffer (TFR). Diese Entwicklung fand in vielen europäischen Ländern sowie in Nordamerika statt und wird als zweiter demografischer Übergang bezeichnet. Allerdings ist die Geburtenrate in Deutschland besonders tief gefallen: 1970 unterschritt die TFR erstmals das Bestanderhaltungsniveau (2,1 Kinder pro Frau) und stagniert in der Bundesrepublik seit 1975 zwischen 1,24 und 1,47 Kindern je Frau. Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der TFR bis 2014 zusammen mit den beiden Annahmen zur Geburtenentwicklung der Bevölkerungsvorausberechnung.

Die niedrige Variante geht von einer anhaltenden Stagnation des Geburtenniveaus bis 2060 aus, was exakt dem Durchschnitt der Jahre 1975-2014 (1,401) entspricht und daher aus historischer Perspektive angemessen erscheint. Bei der höheren Variante wird unterstellt, dass die TFR kontinuierlich von 2013-2028 auf 1,6 ansteigt und danach konstant bleibt. Wie in der Grafik erkennbar, steigt die TFR seit 2008 wieder langsam an und übersteigt im Jahr 2014 die höhere Variante der Vorausberechnung. Ob es sich hier um eine langfristige Entwicklung oder nur um eine kurzfristige Trendwende handelt, ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer vorherzusehen. Zwar geht die häufig zitierte mittlere Variante der UN-Projektionen von einer Konvergenz der TFR in den OECD-Ländern auf 1,85 bis 2050 aus (UN 2005). Warum diese immense Erholung der Geburtenraten in vielen OECD-Ländern geschehen soll, wird aber unzureichend begründet und vielfach kritisiert.

Abbildung 5: Langfristige Entwicklung der TFR 1950-2060



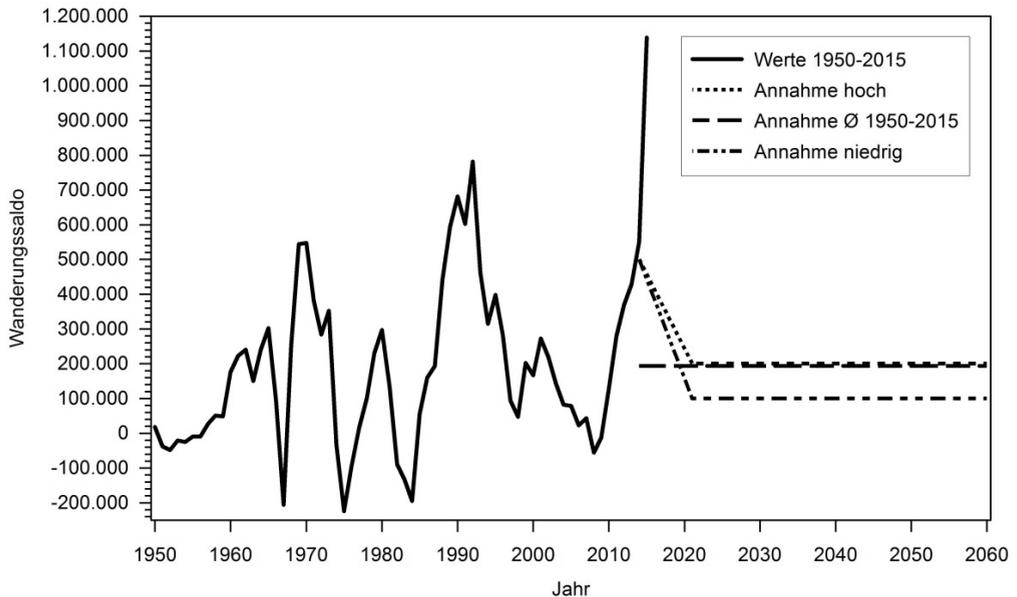
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt 2015a; 2015b.

Für eine zukünftige leichte Erhöhung der TFR spricht aber die Entwicklung der Kohortenfertilität (die endgültige Kinderzahl pro Frauenjahrgang), bei der die Trendwende inzwischen relativ deutlich absehbar ist. Dazu kommt eine methodische Komponente: Die TFR unterschätzt die Geburtenrate, wenn das Gebäralter steigt, also seit mehreren Jahrzehnten. Dieser Effekt könnte sich in Zukunft reduzieren. Auch die Reformen der Familienpolitik könnten zu einer Reduzierung von Kinderlosigkeit und einem leichten Anstieg der Geburtenrate beitragen. Allerdings wäre für einen Anstieg deutlich über 1,6 auch eine Zunahme kinderreicher Frauen notwendig, da ihr Rückgang der stärkste Treiber des Geburtenrückgangs war (Bujard/Sulak 2016). Hierfür sind aber kulturelle Faktoren ausschlaggebend, die sich kaum prognostizieren lassen.

3.3 Wanderungssaldo 1950-2060

Wie in Abbildung 6 zu sehen, unterliegt das Migrationsgeschehen der Bundesrepublik Deutschland starken Schwankungen. Der Wanderungssaldo ist im Jahr 2015 auf den historischen Rekordwert von 1,139 Mio. gestiegen (Statistisches Bundesamt 2016c). Dargestellt ist der Wanderungssaldo bzw. die Nettozuwanderung, also die Differenz aus Zu- und Fortzügen. Von einigen Ausnahmen abgesehen lag die Zahl der Zuzüge seit den 1950er Jahren zumeist über der Zahl der Fortzüge. Im Durchschnitt der Jahre 1950-2015 ergibt sich so ein Wanderungssaldo von 193.280 Personen pro Jahr.

Abbildung 6: Langfristige Entwicklung des Wanderungssaldos 1950-2060



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Statistisches Bundesamt 2015a, 2016b, 2016c.

Die Gründe für die Zuwanderung nach Deutschland sind vielfältig, ebenso die Herkunftsländer (Überblick siehe: BMI/BAMF 2016). Während sie von 1950 bis in die 1970er Jahre zu großen Teilen durch den Zuzug sogenannter „Gastarbeiter“ aus den Anwerberstaaten (v.a. Italien, Spanien, Griechenland, Türkei) geprägt war, fällt seit Ende 1980 vermehrt die Zahl der Asylsuchenden ins Gewicht. Der starke Ausschlag Anfang der 1990er Jahre resultiert zu großen Teilen aus Bürgerkriegsflüchtlingen des ehemaligen Jugoslawiens und Spätaussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Der außerordentlich hohe Migrationsüberschuss der vergangenen drei Jahre lässt sich auf die große Zahl Asylsuchender zurückführen.

Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Jahres 2015 hält auch hier eine hohe und eine niedrige Annahme hinsichtlich der zukünftigen Migrationsentwicklung bereit. Erstere geht von einem kontinuierlichen Rückgang der Nettozuwanderung auf 200.000 bis zum Jahr 2021 aus, während letztere von einem Rückgang auf 100.000 im selben Zeitraum ausgeht. Beide Annahmen unterstellen danach eine Kontinuität bis 2060. Sie bilden damit einen Korridor um den historischen Durchschnitt zwischen 1950 und 2015, der bei 193.280 (ohne 2015: 178.731) Personen liegt. Allerdings liegt dieser deutlich näher an der oberen Annahme von 200.000, so dass die Modellrechnung mit einer Nettozuwanderung von 300.000 ähnlich plausibel ist wie die 100.000er-Annahme. Aufgrund der aktuellen Zuwanderung wurde die Modellrechnung des 300.000er Wanderungssaldos oben in den Abbildungen 2 und 3 verwendet. Denn ganz abgesehen von der aktuellen Flüchtlingswelle wird ein konstantes Zuwanderungsplus aufgrund des Geburtenrückgangs politisch und wirtschaftlich unterstützt, zudem ist Deutschland für Zuwanderer relativ attraktiv. Dass die dauerhafte Nettozuwanderung in den nächsten Jahrzehnten durchschnittlich zwischen 100.000 und 300.000 liegen wird, ist plausibel.

Die Flüchtlingskrise hat das gegenwärtige Migrationsgeschehen geprägt und war so nicht vorhersehbar. Aktuelle Daten lassen ab 2016 einen Rückgang erwarten. Es lohnt sich ein historischer Vergleich mit den Asylbewerbern Anfang der 1990er Jahre: Zwischen 1989 und 1993 gab es in Deutschland 1,331 Mio. Asylanträge, der Spitzenwert des Jahres 1992 entspricht etwa der Anzahl von Erstanträgen des Jahres 2015 mit 442.000 (Ette/Swiaczny 2016). Da die Einreisezahlen 2015 weitaus höher sind, ist mit einem Anstieg der Asylanträge 2016 zu rechnen. Die gegenwärtige Flüchtlingswelle ist voraussichtlich größer als die Anfang der 1990er Jahre, allerdings in mehrerer Hinsicht vergleichbar. Anfang der 1990er Jahre gab es einige Jahre eine enorm hohe Zuwanderung, danach folgten viele Jahre mit geringen Werten. Für das Abflachen solcher Flüchtlingswellen sprechen zwei Mechanismen: Erstens haben sich die Ursachen für die Flucht vieler Menschen aus den jeweiligen Ländern nach einigen Jahren verringert, in den 1990er Jahren bspw. durch eine politische Stabilisierung in Polen und Rumänien sowie die Beendigung des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien. Zweitens reagiert die deutsche Politik: 1993 hat die Asylrechtsreform das Prinzip der sicheren Drittstaaten eingeführt. Beide Mechanismen machen es wahrscheinlich, dass sich auch die gegenwärtige Flüchtlingswelle abschwächen wird. Starke Schwankungen des Migrationsgeschehens sind aus historischer Perspektive die Regel.

4. Konsequenzen von Alterung und Bevölkerungsrückgang

Die Alterung der Gesellschaft und die Schrumpfung der Bevölkerung haben weitreichende Konsequenzen für die Gesellschaft und werden gravierende Veränderungen für verschiedene Politikfelder und das Wirtschaftssystem nach sich ziehen (ausführlich siehe: Bujard 2015). Dabei stellen die Folgen einer alternden Gesellschaft ein größeres Problem dar als der Rückgang der Gesamtbevölkerung, da letzterer, wie gerade gesehen, durch eine Erhöhung der Geburtenzahl sowie größere Migrationsströme leichter abgefangen werden kann.

4.1 Folgen der Alterung

Im Fokus des Diskurses über eine alternde Gesellschaft stehen zumeist die *Folgen für die Sozialsysteme* (u.a. Sinn 2013). Der Generationenvertrag legt fest, dass die Beitragszahler, also die aktuell Erwerbstätigen, für die Finanzierung der Rentner aufkommen und sich durch diese Beiträge gleichzeitig selbst einen Anspruch auf zukünftige Renten sichern. Ein solches umlagefinanziertes Rentensystem wird dann problematisch, wenn die Differenz zwischen potenziellen Erwerbspersonen und Leistungsempfängern sinkt und sich das Verhältnis zwischen Zahler und Empfänger angleicht. Wie oben dargestellt, verdoppelt sich der Altenquotient zwischen 2000 und 2035. Dies hätte bei gleichbleibender Rentenhöhe eine Verdopplung des Beitragssatzes oder im umgekehrten Fall, bei gleichbleibenden Beitragssätzen, eine Halbierung der Renten zur Folge. Die Belastungen für die Sozialsysteme werden insbesondere bis 2040 sehr hoch sein, wenn die Alterungsdynamik besonders groß ist. Mögliche Stellschrauben wie eine Kappung des Rentenanstiegs durch den Demografiefaktor, Erhöhungen der Rentenbeitragssätze und die Anhebung des Renteneintrittsalters wurden in der Vergangenheit bereits genutzt, um Entlastung für das Rentensystem zu schaffen. Diese Problematik ist auch auf die Pflegeversicherung und mit Einschränkungen auf die Krankenversi-

cherung übertragbar – insofern, als immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsempfängern gegenüberstehen. Diese Folgen für die Sozialsysteme sind zwar politisch so gestaltbar, dass Horrorszenarien nicht angebracht sind, aber sie reduzieren unsere zukünftigen Verteilungsspielräume und unseren Wohlstand erheblich.

Die *Folgen der Alterung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt* sind ambivalent. Zum einen könnten höhere Lohnnebenkosten, bedingt durch höhere Sozialversicherungsbeiträge, zu größeren Belastungen für Arbeitgeber führen und damit die Wirtschaft beeinträchtigen. Durch die sinkende Zahl potenzieller Arbeitskräfte sinkt zudem der Arbeitseinsatz, der neben technischem Fortschritt und Kapitaleinsatz entscheidend für das Wirtschaftswachstum eines Landes ist. Ökonomische Theorien verweisen allerdings darauf, dass ein sinkender Arbeitseinsatz durch technischen Fortschritt und Kapitaleinsatz kompensiert werden kann. Zum anderen schafft die Alterung der Gesellschaft aber auch Potenziale für gewisse Wirtschaftssektoren. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass die Märkte Pflege, Tourismus und Finanzen weiter wachsen werden (Kaufmann 2005).

Ebenfalls relevant für das gesellschaftliche Klima sind die *Konsequenzen für Gesellschaft und Kultur*. Nicht selten werden negative Altersbilder und Klischees verbreitet. Schirrmacher (2004) argumentiert, dass „rassistische Altersstereotypen“ und ein „Krieg der Generationen“ zukünftig auftreten könnten. Denkbar wäre etwa, dass eine im Durchschnitt ältere Gesellschaft weniger riskant handelt und die zukünftige Altersverteilung somit stabilisierend wirkt. Die Akademiegruppe Altern in Deutschland (2009) hat interdisziplinär die Konsequenzen der Alterung untersucht und festgestellt, dass der verbreitete, „sorgenvolle Begriff der alternden Gesellschaft leicht in die Irre“ führt. Entscheidend ist es demnach, dass Gesellschaft, Unternehmen und Politik auf die Herausforderungen adäquat reagieren und diesen Wandel gestalten.

Zudem kann die Alterung sich auf den *politischen Wettbewerb* auswirken. Das Medianalter der Wahlberechtigten lag 2000 bei 46,4 und 2012 erstmals bei 50 Jahren. Bis 2060 wird es auf 58 Jahre steigen (Bujard 2015). Dann ist also jeder zweite Wähler älter als 58 Jahre. Bereits 2040 werden Rentner und solche Erwerbstätige, die kurz vor der Rente stehen, die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung wird sein, wie die Gesellschaft mit einer solchen Machtverschiebung umgeht. Wenn die politischen Parteien zu sehr den Interessen der Älteren folgen, könnte dies zu Unmut in der jüngeren Bevölkerung führen. Es wird deshalb auch eine Aufgabe der Parteien sein, das pessimistische Szenario einer „Gerontokratie“ zu verhindern und den Generationenzusammenhalt zu stärken.

4.2 Folgen des Bevölkerungsrückgangs

Ein Bevölkerungsrückgang wird sich auf *die deutsche Außenpolitik* auswirken und mit einem Gewichtsverlust gegenüber anderen Ländern einhergehen. Dies in dreierlei Hinsicht: erstens in demokratischer Hinsicht, da weniger Einwohner mit einem kleineren Stimmgewicht einhergehen, zweitens wirtschaftlich, da weniger Erwerbspotenzial unter Umständen zu geringerem Wirtschaftswachstum führt und schließlich drittens in einer Reduktion der militärischen Möglichkeiten. Alles in allem wird der Einfluss Deutschlands innerhalb der EU sinken. So hat Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt die mit Abstand größte Einwohnerzahl: 20 Mio. Einwohner mehr als das zweitgrößte Land Frankreich. Im Jahr 2040 könnten beide Staaten – und auch Großbritannien, sollten sie bis dahin wieder in der EU sein – in etwa gleich viele Einwohner haben und somit auch ein gleichberechtigtes Stimmrecht besitzen.

Die *Folgen eines Bevölkerungsrückgangs für die Wirtschaft* sind nicht eindeutig negativ oder positiv zu bewerten. So ist es zwar vorstellbar, dass das BIP infolge eines Bevölkerungsrückgangs und aufgrund der geringeren Produktivität sinkt, das Pro-Kopf-Vermögen hingegen ansteigt. In diesem Zusammenhang muss überlegt werden, welcher Indikator sich besser für die Beschreibung des Wohlstands eines Landes eignet.

Die *Folgen eines Bevölkerungsrückgangs für die Umwelt* können hingegen positiv bewertet werden. So kann man davon ausgehen, dass sowohl der pro Kopf bezogene Ressourcenverbrauch als auch die Umweltverschmutzung bei einer kleineren Bevölkerung geringer ausfallen. Der Bevölkerungsrückgang bietet hier die Chance die Umwelt zu entlasten, denn dem Konzept des ökologischen Fußabdrucks nach verbraucht Deutschland das 2,65-fache an Ressourcen in Relation zur Biokapazität (Ewing et al. 2010). Allerdings ist einschränkend anzumerken, dass die Bevölkerung Deutschlands nur etwa 1,1% der Weltbevölkerung ausmacht und eine Reduktion des Verbrauchs aus globaler Perspektive nur einen geringen Einfluss hätte. Zudem nimmt der Ressourcenverbrauch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die einen wesentlich größeren Anteil der Weltbevölkerung stellen, stark zu.

5. Fazit

Beim demografischen Wandel muss man zwischen Alterung und Schrumpfung unterscheiden. Wir werden definitiv eine gravierende Alterung erleben, der Anteil der Rentner an der Bevölkerung steigt enorm an. Der Anstieg des Altenquotienten bis zum Jahr 2040 ist sicher, daran könnten auch neue Entwicklungen an Zuwanderung oder ein Geburtenanstieg nichts mehr ändern. Ob jedoch Deutschland in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen wird, ist heute noch offen.

Die hohe Zuwanderung des Jahres 2015 sollte nicht als dauerhafter Trend fehlerhaft interpretiert werden. Historisch gesehen schwankt die Zuwanderung erheblich. Sie lag auch Anfang der 1990er Jahre mehrere Jahre lang über 600.000, während in anderen Phasen wie 1983-84 und 2008-09 sogar eine Nettoabwanderung vorlag. Im langfristigen historischen Durchschnitt seit 1950 lag der Wanderungssaldo bei 193.280 Personen pro Jahr. Sollten es in Zukunft dauerhaft 300.000 sein, würde dies die Alterung nur leicht, die Schrumpfung jedoch erheblich abschwächen.

Der Beitrag verdeutlicht, dass auch eine hohe Zuwanderung – auch mit einer jüngeren Altersstruktur – den Alterungsprozess nicht kompensieren kann. Angesichts des Wegfalls von etwa vier Mio. Personen im erwerbstätigen Alter zwischen 2020 und 2030 wird die Zuwanderung von Flüchtlingen – für die es zweifellos humanitäre Gründe gibt – teilweise auch als Lösung für den Fachkräftemangel dargestellt. Allerdings wird dies häufig überschätzt: Erstens ist das Qualifikationsniveau der Flüchtlinge geringer, fast ein Drittel von ihnen hat nur eine Grundschule oder gar keine Schule besucht (Zahlen für 2015). Zweitens sind Spracherwerb und Integration Prozesse, die einige Jahre dauern. Drittens steht nur ein Teil der Flüchtlinge dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, da viele noch im Kindesalter sind und auch nicht alle Mütter erwerbstätig sein möchten. Auch das Jahresgutachten 2015/2016 des Sachverständigenrats schätzt die Effekte der Flüchtlingszuwanderung auf das Erwerbspersonen- und das Produktionspotenzial als „mittelfristig moderat“ ein.

Ein baldiger Anstieg der Geburtenrate auf 1,6 oder höher würde den Anstieg der Alterung erst ab dem Jahr 2040 abbremsen. Zwar wird die gegenwärtig noch günstige

Relation von jungen, potenziell Erwerbstätigen und Rentnern dieses Jahrhundert nicht mehr erreicht werden, jedoch würden für die Sozialsysteme und den gesellschaftlichen Wohlstand zwischen 2040 und 2060 erhebliche positive Effekte entstehen. Bezüglich der Schrumpfung um knapp acht Mio. Personen, die die Basisprojektion bis 2060 berechnet, würde bereits ein Anstieg der Geburtenrate auf 1,6 (statt 1,4) die Hälfte kompensieren.

Die Folgen des demografischen Wandels sind sehr vielschichtig und betreffen fast alle Politikfelder, Kommunen, Unternehmen und Familien. Horrorszenarien sind nicht angebracht. Da die Alterung so gut voraussehbar ist, haben Sozialsysteme und Arbeitsmärkte Zeit, sich langfristig darauf einzustellen. Präzise demografische Informationen, auch zur sozialstrukturellen und regionalen Zusammensetzung der zukünftigen Bevölkerung, sind für politische und unternehmerische Entscheidungsträger sehr wichtig. Wir müssen damit rechnen, dass der demografische Wandel unser Leben in den nächsten zwei Jahrzehnten fundamental beeinflussen wird. Ein Anstieg der Geburtenrate und eine kontinuierliche Einwanderung qualifizierter Menschen sind für die Zukunft Deutschlands sehr hilfreich.

Literatur

- Akademiegruppe Altern in Deutschland (2009): *Gewonnene Jahre*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Birg, Herwig (2003): *Die demographische Zeitenwende*. 3. Auflage. München: Beck.
- Bujard, Martin (2015): Folgen der dauerhaft niedrigen Fertilität. In: *Comparative Population Studies* 40, S. 35-86. <http://www.comparativepopulationstudies.de/index.php/CPoS/article/view/186>
- Bujard, Martin; Sulak, Harun (2016): Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68 (3).
- BMI; BAMF (2016): *Migrationsbericht 2014*. Berlin.
- Ette, Andreas; Swiaczny, Frank (2016): Migration von Flüchtlingen. In: *Geographische Rundschau* 68 (4), S. 48-57.
- Ewing, Brad et al. (2010): *The Ecological Footprint Atlas 2010*. Oakland: Global Footprint Network.
- Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris; Weber, Brigitte (2011): *Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050*. IAB-Kurzbericht 16/2011.
- Hondrich, Karl (2007): *Weniger sind mehr*. Frankfurt: Campus.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Luy, Marc (2006): *Perspektiven für die zukünftige Entwicklung der Lebenserwartung*. Rostocker Zentrum – Diskussionspapier 4.
- Schirmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*. München: Blessing.
- Sinn, Hans-Werner (2013): Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen. In: *ifo Schnelldienst* 66, 21, S. 3-23.
- Statistisches Bundesamt (2015a): *Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2015b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Zusammenfassende Übersichten Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1946-2014*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2016a): *Sterbetafel 2012/2014*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2016b): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2016c): *Höchststände bei Zuwanderung und Wanderungsüberschuss in Deutschland*. In: *Pressemitteilung vom 14. Juli 2016*.
- Straubhaar, Thomas (2016): *Der Untergang ist abgesagt. Wider die Mythen des demografischen Wandels*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- United Nations (2005): *World Population Prospects. The 2004 Revision*. New York: UN.